

Voices for Climate: Veranstaltung 12.1.2026

Politologie: Die demokratische Repräsentation zukünftiger Generationen

Prof. Dr. Claudia Landwehr, Professorin für Politische Theorie & Public Policy (Institut für Politikwissenschaft, JGU)

- Was hätten Menschen, die in 100 Jahren leben, von uns erwartet?
- Was schulden wir ihnen?
- Können und sollen wir ihre Erwartungen in heutigen politischen Entscheidungen berücksichtigen, und wenn ja, wie?

Einstieg über den aktuellen Roman von Ian McEwan "Was wir wissen können" (spielt in 100 Jahren nach Klimakollaps an einer Uni, die erforscht, warum die heutigen Menschen versagt haben).

John Rawls (1971) empfiehlt die Notwendigkeit des **Sparens** und den Spargrundsatz, so zu sparen, wie wir uns gewünscht hätten, dass alle Generationen vor uns es getan hätten.

[Zweifelhaft; Sparobjekte und -grundsätze können sich im long range ändern].

Sparen lt. Rawls zur Zukunftssicherung im kapitalistischen Sinn.

Heute müssen Rohstoffe und CO₂-Emissionen gespart werden (Generationengerechtigkeit).

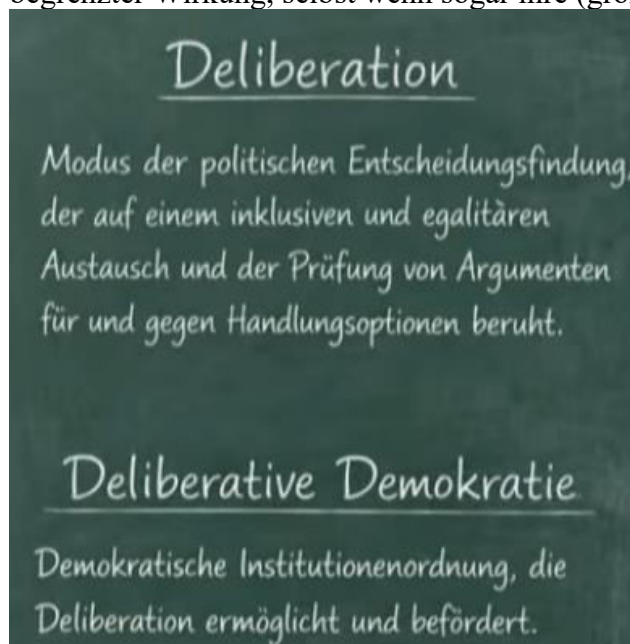
Wünsche **zukünftiger Generationen** stellen gewissen Unsicherheitsfaktor dar. In jedem Fall muss aus moralischen Gründen großes Leid vermieden werden. Darüber hinaus - das ist das Thema der Vorlesung - müssen wir aber überlegen, wie wir die zukünftigen Generationen (die noch nicht existieren) politisch repräsentieren können. Das demokrat. Prinzip lautet:

Autorisierung durch Wahlen und Rechenschaftspflicht in zukünftigen Wahlen

stellen sicher, dass Repräsentanten für die Interessen und Wünsche der Repräsentierten responsiv sind und in ihrem Sinne entscheiden.

Aber zukünftige Gen. haben kein Druckmittel.

Gegen zukünftige Generationen entscheiden: dahin drängt die Unmoral, aber auch der demokrat. Zyklus, der den Fokus auf die aktuellen Wähler festnagelt. Diese Wähler empfinden für aktuelle Opfer mit Gesicht und Namen mehr Empathie als für unbekannte, zukünftige oder allgemein statistische Opfer (*oder auch. aktuell lebender in unbekannten Regionen*). Für erstere werden Einbußen akzeptiert, Solidarität wird praktiziert. Die zukünftigen Hitzetote oder Opfer durch Umweltschäden sind statistische Opfer und damit von begrenzter Wirkung, selbst wenn sogar ihre (großen) Zahlen sicher und bekannt sind.



Das heißt: Entscheidungen werden nicht einfach durch Abstimmung, sondern durch Austausch von Argumenten herbeigeführt. Habermas "verortet" den Prozess der Deliberation zwischen Parlamenten und einer kritischen "Zivilgesellschaft". Expertengremien und Bürgerforen sind Alternativen. Weiterhin könnten Ombudsmänner die Interessen zukünftiger Generationen gegenüber Parl./Reg. vertreten. In Wales gibt es z.B. eine **Future Generation Commission**, die die Reg. in long-term Fragen berät (etwa auch Nachhaltigkeit). Kann nur reaktiv eingreifen, keine Aktivitäten erzwingen.

Engagiertestes **Bürgerrat-Beispiel** in Frankreich "Convention Citoyenne pour le Climat" (2019/20) mit klimaprogressiven Empfehlungen. Bei der Los-Auswahl gab es für bestimmte Aspekte Quotierungen, um Repräsentativität zu erreichen. *Dass die meisten Empfehlungen nicht umgesetzt wurden, wird nicht korrekt dargestellt (vgl. Video zu diesem Bürgerrat): die Versammlung musste sich entscheiden, ob sie "ungestört" Empfehlungen an die Reg. ausspricht, mit denen diese machen kann, was sie will, oder ob sie eine Auswahl der 149 Empfehlungen zur Volksabstimmung stellt, die im positiven Fall von der Reg. zwingend realisiert werden müssen, im negativen Fall unter den Tisch fallen. Die Versammlung hat sich für ersteres entschieden, hatte also mehr Vertrauen in die Regierung als in den Rest der Bevölkerung.*

Grundsätzlich fehlt den Bürgerräten die Rechenschaftspflicht. [Unerwähnt bleibt, dass ihnen über Gutachter das gesamte Expertenwissen des Landes zur Verfügung steht. Für Politiker ist "Rechenschaftspflicht" häufig kein wirkungsvoller Hebel.]

Andere "Hoffnung": Druck durch **zivilgesellschaftliche Organisationen & Bewegungen**. Trotzdem ging die Präsenz des Klima-Themas im öffentl. Diskurs zurück, vielleicht durch die sonstigen Bedrohungen aus der Weltpolitik.

Bei Notsituationen können temporär Freiheitsrechte ausgesetzt werden. Auch Maßnahmen ohne oder gegen demokrat. Legitimierung sind dann möglich. Haben wir einen **"Klima-Notstand"**?

Idee: Weil demokratische Entscheidungsprozesse zu langsam und kurzsichtig sind, sollten Expert:innen autorisiert werden, notwendige klimapolitische Entscheidungen zu treffen.

Problem: Expert:innen sind nicht autorisiert und nur bedingt rechenschaftspflichtig, ihre Auswahl reproduziert bestehende Machtverhältnisse und Ungleichheiten und Entscheidungen werden von Bürger:innen im Zweifel nicht mitgetragen.

Fazit der Referentin: demokrat. Regime für Klima-Problematik am besten; muss gegen autoritären Populismus verteidigt werden, auch für zukünft. Generationen.

4 Empfehlungen:

1. Entscheidungen müssen reversibel sei; irreversible Folgen müssen bei Entscheidungen gesondert betrachtet werden.

Wie können wir Demokratie und Deliberation stärken?

- Reversibilität von Entscheidungen und ihren Folgen sicherstellen.
- Agenda-Setting Prozesse öffnen und diversifizieren.
- Bestehende Institutionen reformieren, um Deliberation zu fördern und zu demokratisieren (Wahlrecht!)
- Voraussetzungen für diskursive Repräsentation (Dryzek und Niemeyer) zukünftiger Generationen schaffen.

2. bewusste Entscheidung, was wichtig ist und was weniger wichtig ist ---> wer entscheidet? das könnten Bürgerräte tun.

3. bestehende Institutionen mehr zur Deliberationsförderung ausrichten; schlägt Präferenz-Wahlrecht vor, nach dem die Wähler mehr Input geben können, was sie wollen (also auch 2., 3., 4. Präferenz) --->beugt Polarisierung und Rechts-Drift vor (z.B. in Irland, Malta, die ein solches Wahlrecht, aber keine rechtesextremist. Parteien haben). Wer bei "seiner" Klientel Präf. 1, aber ansonsten nur die letzte Präf. hat, hat schlechtere Chancen als jemand, der häufiger auf der 2. Präf. landet; das bremst Polarisierer aus.

4. die zukünftigen Generationen in den Diskurs einbringen

Das alles ineinandergreifend könnte progressivere Klima-Politik ermöglichen.

Fragen:

Die Ref. bemängelt das Fehlen einer umfassenden Partizipation an der Deliberation, die meistens eine "Eliten-Deliberation" ist.

Kritik an Lobbyismus (Gesetze schreiben). Angebl. zeigen Umfragen, dass Bürger Bürgerrat-Ergebnisse nicht akzeptieren.

Ref. stellt Freiheit (Demokratie) über Klimaschutz (*was zeigt, dass sie die Dimension der Klima-Bedrohung nicht verstanden hat: den Ahthal-Opfern nutzte die demokrat. Freiheit genauso wenig wie die "Konsumenten-Souveränität", die Habecks Grüne für essentiell halten*).

Die Meinung, das BVerfG habe nicht die Aufgabe, proaktiv bestimmte Gesetzgebungen einzufordern, *ist ziemlich bedenklich: warum sollte es nur Taten und nicht auch Versäumnisse sanktionieren? Der gemeine Bürger kann auch wegen "unterlassener Hilfeleistung" verurteilt werden*. Die Forderung, das Gericht solle nicht gegen demokrat. Mehrheiten entscheiden. *ist gegen den demokratischen Rechtsstaat gerichtet, in dem eine Mehrheit eben nicht die Diskriminierung einer Minderheit durchsetzen kann (wenn's richtig läuft)*.

Volksentscheide bringen nicht unbedingt bessere Ergebnisse; es hängt davon ab, ob tatsächlich ein partizipativer Deliberationsprozess im Vorfeld stattgefunden hat oder nicht (zum Beispiel durch ein Bürgerforum, das die Fragestellung "vorbereitet" hat); es ist andernfalls leicht vorstellbar, dass eine Mehrheit bei zu befürchtenden persönlichen Einschränkungen nur an diese denkt und den Gesamtzusammenhang nicht kapiert oder verdrängt.